

Cattaneo, Maria A.; Wolter, Stefan C.

## Die Berufsbildung in der Pole-Position. Die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zum Thema Allgemeinbildung vs. Berufsbildung

Aarau : SKBF 2016, 16 S. - (SKBF Staff Paper; 18)



Quellenangabe/ Reference:

Cattaneo, Maria A.; Wolter, Stefan C.: Die Berufsbildung in der Pole-Position. Die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zum Thema Allgemeinbildung vs. Berufsbildung. Aarau : SKBF 2016, 16 S. - (SKBF Staff Paper; 18) - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-152412 - DOI: 10.25656/01:15241

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-152412>

<https://doi.org/10.25656/01:15241>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.skbf-csre.ch>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft



# Die Berufsbildung in der Pole-Position

Die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zum Thema  
Allgemeinbildung vs. Berufsbildung

Maria A. Cattaneo und Stefan C. Wolter

SKBF Staff Paper 18



**SKBF | CSRE**

Schweizerische Koordinationsstelle  
für Bildungsforschung

Centre suisse de coordination pour  
la recherche en éducation

Centro svizzero di coordinamento  
della ricerca educativa

Swiss Coordination Centre for  
Research in Education

© Aarau: SKBF, 2016  
[www.skbf-csre.ch](http://www.skbf-csre.ch)  
Entfelderstrasse 61  
5000 Aarau  
[info@skbf-csre.ch](mailto:info@skbf-csre.ch)

# **Die Berufsbildung in der Pole-Position**

**Die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zum Thema  
Allgemeinbildung vs. Berufsbildung**

Maria A. Cattaneo und Stefan C. Wolter

SKBF Staff Paper 18



# 1. Einleitung

Nach Befragungen im Jahr 2007 (Cattaneo & Wolter, 2009) und 2012 (Cattaneo & Wolter, 2013) hat das Leading House on the Economics of Education<sup>1</sup> im Sommer 2015 zum dritten Mal Schweizerinnen und Schweizer nach ihren Meinungen zu ausgewählten Themen des Schweizer Bildungswesens befragt. Auch in dieser Welle wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Thema Berufs- und Allgemeinbildung befragt, insbesondere nach ihrer Meinung zur Maturitätsquote, zu ihren Bildungspräferenzen für die eigenen Kinder, zur optimalen Anzahl Studierender an den Universitäten, zur Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt durch verschiedene Bildungswege und zum sozialen Ansehen der verschiedenen Bildungswege. Neu in dieser dritten Befragung war der Fokus auf die Art und Weise, in welcher die Fragen gestellt wurden. Damit sollte untersucht werden, inwieweit Meinungen zu diesen Themen durch bestimmte Zusatzinformationen oder Veränderungen der Fragestellungen beeinflusst werden können.<sup>2</sup>

In diesem SKBF Staff Paper werden jene Fragen aus der Befragung im Detail analysiert, welche sich mit der Einstellung der Bevölkerung zur Berufsbildung und zur Allgemeinbildung auseinandersetzen.

## 2. Befragungsmethode und Stichprobe<sup>3</sup>

Die Befragung wurde durch das LINK-Institut im Juni und Juli 2015 im Auftrag der Universität Bern (wo das Leading House on the Economics of Education neben der Universität Zürich seinen Sitz hat) durchgeführt. Im Unterschied zu den vorangegangenen Untersuchungen wurde diese Befragung computerbasiert durchgeführt. Insgesamt wurden 6262 sprachassimilierte Personen aus den drei Sprachregionen (Deutsch-, Westschweiz und Tessin) im Alter von 18 bis 74 Jahren befragt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte über das LINK-Internet-Panel mit über 130'000 rekrutierten Personen, die repräsentativ über Telefonstudien mit Festnetz- und zufällig generierten Mobilfunknummern ausgewählt wurden. Um die Repräsentativität der Ergebnisse für die Bevölkerung in der Schweiz sicherzustellen, wurden anhand der amtlichen Statistik Quoten für Alter, Geschlecht, Region und Bildungsstand festgelegt. Da die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in der Stichprobe als nicht-repräsentativ bezeichnet werden musste, sind diese aus der hier verwendeten Stichprobe ausgeschlossen worden. Die folgenden Analysen und Auswertungen basieren somit auf 5934 befragten Schweizerinnen und Schweizern.

Die methodische Besonderheit der Erhebung bestand darin, den befragten Personen bei ausgewählten Fragen per Zufall alternative Fragestellungen zum gleichen Thema zu zeigen, um damit die Sensitivität der ausgedrückten Meinungen bezüglich neuer und zusätzlicher Informationen sowie besonderer Formulierungen der Fragentexte zu eruieren.

Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie sehr gross ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die allen Befragten gestellt wurden, nur zwischen 1 und 1,5 Prozentpunkten.

<sup>1</sup> Für weitere Informationen siehe [www.leadinghouse.ch](http://www.leadinghouse.ch).

<sup>2</sup> Einzelne Fragen wurden in Zusammenarbeit mit einem Team um Professor Ludger Wößmann vom Ifo Institut in München erarbeitet oder aus einer früheren Befragung dieses Teams (siehe *Wößmann et al., 2014*) übernommen. Letztere wiederum ist aus der Zusammenarbeit mit den Professoren Paul E. Peterson und Martin West (Harvard) zu einer ähnlichen Befragung in den USA entstanden. Erste Ergebnisse der deutschen Befragung aus dem Jahr 2015 finden sich in *Wößmann et al. (2015)*. Wir danken den deutschen und den amerikanischen Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle für die gute und wertvolle Zusammenarbeit.

<sup>3</sup> Die Abschnitte 1 bis 3 entsprechen teilweise jenen des SKBF-Staffpapers 16 (2015).

### 3. Framing Effects und Meinungsbefragungen

Framing Effects (auch als Einrahmungseffekte bekannt) spielen bei der Untersuchung öffentlicher Meinungen eine prominente Rolle. Die Forschung zu Befragungsdesigns legt nahe, dass schon geringe Abweichungen in der Fragenformulierung, in den Antwortmöglichkeiten oder in der Reihenfolge der Fragen zu einem geänderten Antwortverhalten führen können. Der Ausgangspunkt zur Beschreibung von Framing Effects bildet die Prospect Theory nach *Tversky und Kahneman (1979)*. Wir verzichten an dieser Stelle auf eine ausführliche Beschreibung dieser Methoden, da diese in einem früheren SKBF Staff Paper (16, *Cattaneo & Wolter, 2015*) schon beschrieben worden sind.

Wichtig an dieser Stelle ist zu wiederholen, dass alle Befragten jeweils die gleiche Fragen zu beantworten hatten, jedoch mit unterschiedlichen Informationen bedient wurden. In der Basisversion erhielten die Befragten überhaupt keine Zusatzinformationen; die übrigen Befragten wurden zufällig einer der verschiedenen Gruppen zugeteilt, die eine Zusatzinformation erhielten. Die Zusatzinformationen waren in der Regel neutrale, statistische Fakteninformationen. Die Befragungstechnik erlaubt es uns zu testen, ob a) Zusatzinformationen einen Einfluss auf die bildungspolitischen Präferenzen der Befragten haben oder nicht und b) ob die Wirkungen homogen oder heterogen sind, d.h. ob gewisse Gruppen von Befragten anders auf die Präsentation von Informationen reagieren als andere. Zu den Gruppenmerkmalen, die hier von besonderem Interesse sind, gehören insbesondere der Ausbildungsstand, die politische Einstellung, das Geschlecht und die Sprachregion.

### 4. Akademische versus Berufsbildung

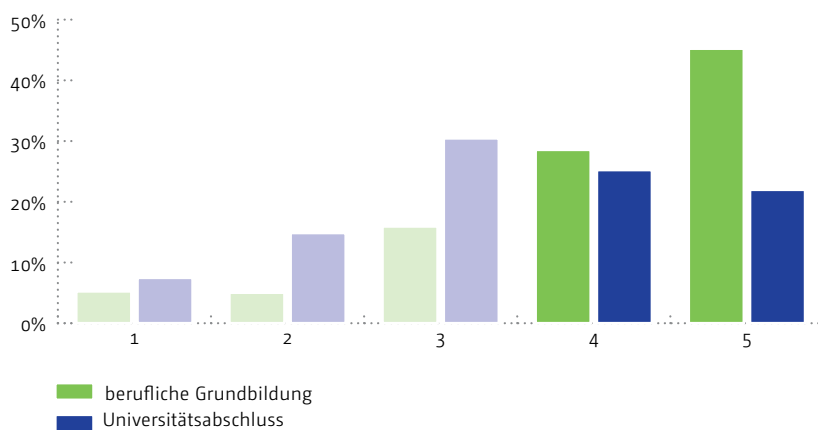
#### Die Wunschkildung für die eigenen Kinder nach der obligatorischen Schule

Als erstes wurden die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer nach den Bildungswünschen für die eigenen Kinder befragt. Um diese Frage zu beantworten, mussten die Befragten angeben, wie stark bestimmte Bildungsabschlüsse ihrer persönlichen Idealvorstellung für ihr Kind entsprechen, wenn sie heute ein Kind hätten, d.h. unabhängig davon, ob sie keine Kinder, erwachsene Kinder oder Enkelinnen oder Enkel haben. Die Frage ist deshalb wichtig, weil die meisten Fragen sich jeweils auf Bildungsoptionen beziehen, die man vielleicht nur generell oder für die Kinder der Nachbarn für optimal hält, aber nicht für die eigenen Kinder.

Auf einer Skala von 1 («Entspricht meinen Idealvorstellungen überhaupt nicht») bis 5 («Entspricht meinen Idealvorstellungen voll und ganz») mussten die Befragten die folgenden drei Abschlüsse bewerten: «berufliche Grundbildung (Lehre)», «Fachhochschulabschluss oder höhere Berufsbildung» und «Universitätsabschluss». Die Befragten mussten alle potenziellen Bildungswege bewerten, d.h. sie konnten auch für alle Optionen eine gleich hohe Bewertung abgeben, wenn sie der Meinung waren, alle Bildungswege kämen für ihre Kinder gleichermaßen in Frage.

Abbildung 1 zeigt am Beispiel der beruflichen Grundbildung und der universitären Ausbildung, dass die meisten Befragten den berufsorientierten Ausbildungsgängen eine sehr viel höhere Erwünschtheit zusprechen als dem akademischen Weg. Für knapp 74 Prozent der Befragten entspricht ein beruflicher Bildungsabschluss der Idealvorstellung (Bewertungen 4 und 5), beim Universitätsabschluss liegt dieser Wert mit 47 Prozent massiv tiefer.

**Abbildung 1: Welcher Bildungsabschluss entspricht Ihrer Idealvorstellung für ihr Kind?**



Anmerkung: Wert 1 entspricht überhaupt nicht meinen Idealvorstellungen, und Wert 5 entspricht voll und ganz meinen Idealvorstellungen.

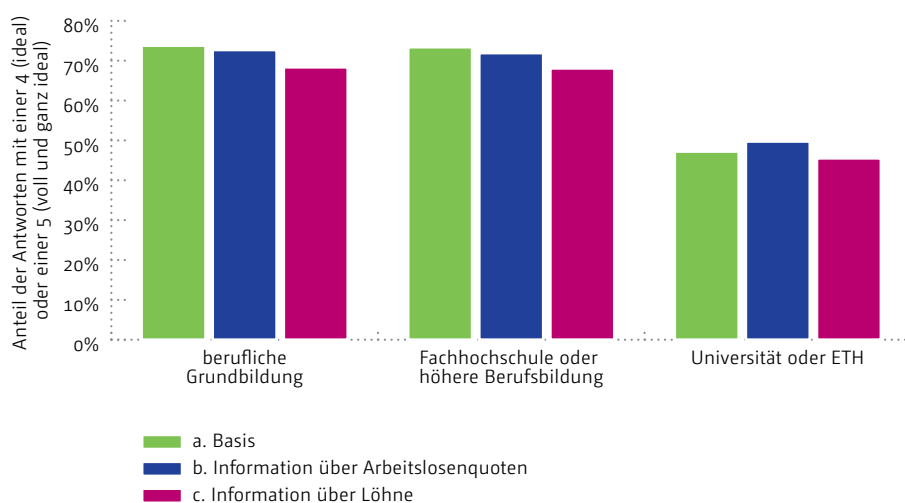
In der Basisversion (Abbildung 1) wurden die Befragten ohne jegliche Zusatzinformationen zu den Bildungspräferenzen für ihre Kinder befragt. Zwei Teilgruppen der Befragten wurden jedoch zusätzliche Informationen vermittelt (Abbildung 2), welche sie über die arbeitsmarktliche Rentabilität der Ausbildungstypen informierte. Die erste Teilgruppe wurde über die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten aufgeklärt und die zweite Teilgruppe über die Durchschnittslöhne (Datenquelle: BFS, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, 2014). Der Anteil der Befragten, die mit zusätzlichen Informationen einen Universitätsabschluss als ideal oder sehr ideal betrachten, bleibt in etwa gleich und ist somit unbeeinflusst von den Zusatzinformationen. Der Anteil der Befragten, die eine berufliche Grundbildung, Fachhochschule oder höhere Berufsbildung als idealen Wunsch (Wert 4 oder 5) angegeben haben, reduziert sich jedoch signifikant um mehr als fünf Prozentpunkte, allerdings erst mit der Lohninformation. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass die Unterschiede bezüglich des Arbeitslosigkeitsrisikos nach Bildungsstufen in der Schweiz relativ gering sind, die Lohnunterschiede hingegen schon beträchtlich. Allerdings besteht bei der Präsentation der Durchschnittslöhne auch das Risiko, dass die Befragten unterschätzen, dass Personen mit einer Berufslehre im Durchschnitt auch mehr Erwerbsjahre aufweisen als Akademikerinnen und Akademiker und somit einen Teil des Lohnnachteils wieder wettmachen können. Interessanterweise reduziert sich zwar bei der Präsentation der Information über die relativen Löhne die Zahl der Befragten, die eine berufliche Grundbildung als ideal für ihre Kinder bezeichneten, aber ohne dass sich die Zahl derer, die eine akademische Bildung als ideal bezeichnet haben, deswegen erhöht hätte.

Betrachtet man die Heterogenität der Antworten, dann sieht man (mittels multipler Regressionen), dass die Zahl der Personen mit einer positiven bis sehr positiven Einschätzung der beruflichen Grundbildung in der Deutschschweiz signifikant höher ist als in der lateinischen Schweiz. Gleiches gilt für Personen, die selbst keine nachobligatorische Ausbildung, eine (höhere) Berufsbildung oder einen Fachhochschulabschluss haben, relativ zu den Personen mit einem akademischen Abschluss (was die Ergebnisse von Busemeyer et al., 2011, unterstützt). Eher skeptisch gegenüber der Berufsbildung sind die jüngsten Befragten (18–29 Jahre) und Personen, die politisch nach links tendieren.

Nimmt man die geäußerten Meinungen zur idealen Bildung für die eigenen Kinder zum Nennwert, dann ist es interessant zu wissen, ob die Befragten bereit sind, aus ihrer starken Präferenz für die Berufsbildung auch die bildungssystemischen Konsequenzen zu ziehen, insbesondere was den Zugang zu den Gymnasien und zu den Universitäten betrifft.



**Abbildung 2: Welchen Bildungsabschluss würden Sie für Ihre Kinder als ideal bezeichnen?**



Anmerkung: Die zugrundeliegende Frage lautet: (a) Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal haben wird. Wie stark würden die folgenden Bildungsabschlüsse Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen? (b) Die Arbeitslosenquote von Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung liegt derzeit bei 8 Prozent, bei Personen mit abgeschlossener beruflicher Grundbildung (Lehre) sind es etwa 4 Prozent, und bei Personen mit Fachhochschulabschluss oder mit einer höheren Berufsbildung und bei Personen mit Universitätsausbildung sind es etwa 3 Prozent. Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Wie stark würden die folgenden Bildungsabschlüsse Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen? (c) Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung verdienen im Durchschnitt etwa 4500 CHF brutto im Monat, Personen mit abgeschlossener beruflicher Grundbildung (Lehre) etwa 6000 CHF, Personen mit Fachhochschulabschluss oder mit einer höheren Berufsbildung etwa 8500 CHF und Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium (Universität, ETH) etwa 10'000 CHF. Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal haben wird. Wie stark würden die folgenden Bildungsabschlüsse Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?

## Maturitätsquote, Einheitsmaturität und Zahl der Studierenden an Universitäten

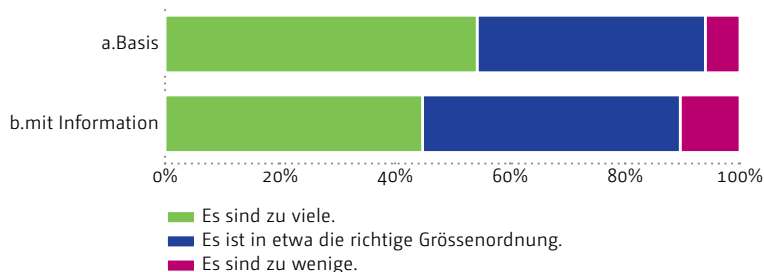
### Maturitätsquote

In der Schweiz beträgt die durchschnittliche gymnasiale Maturitätsquote rund 20 Prozent. Diese Quote ist in den letzten Jahren relativ stabil geblieben, nachdem sie sich in den 80er und 90er Jahren stark erhöht hatte. Das starke Wachstum war vor allem auf ein Aufholen bei den jungen Frauen zurückzuführen, während die Maturitätsquote für junge Männer seit langem stagnierte und sogar leicht rückläufig war. Unverändert hoch sind die kantonalen Unterschiede über die Zeit geblieben, d.h. die Maturitätsquote stieg überall über viele Jahre an, aber die Unterschiede zwischen den Kantonen wurden deswegen nicht kleiner. Die Unterschiede zwischen den Kantonen mit den tiefsten und den höchsten Maturitätsquoten liegt bei einem Verhältnis von eins zu zwei. Im internationalen Vergleich gesehen ist die gymnasiale Maturitätsquote tief; sie liegt im Mittel der OECD-Länder bei knapp über 60 Prozent (SKBF, 2014). Die Unterschiede sind nicht darauf zurückzuführen, dass die schulischen Leistungen im Ausland besser wären und sich somit mehr Jugendliche leistungsmässig für ein Gymnasium qualifizieren würden. Die Unterschiede lassen sich erstens damit begründen, dass eine Alternative zur Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe in den anderen OECD-Staaten entweder wenig verbreitet oder qualitativ schlechter ist und somit mehr Jugendliche in die Gymnasien müssen, wenn sie einen nachobligatorischen Abschluss erzielen wollen. Zweitens können die anderen Länder mit einem viel höheren Anteil an Maturandinnen und Maturanden deshalb umgehen, weil sie ihnen in der Regel keinen automatischen Zugang zu den Hochschulen gewähren (Numerus clausus oder Eintrittsprüfungen durch die Universitäten) oder eine Hochschullandschaft besitzen, die qualitative Abstufungen kennt. Von daher lassen sich die Wirkungen unterschiedlicher Maturitätsquoten zwischen den Ländern auch schwer interpretieren.

In unserer Untersuchung wurden die Befragten in zwei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe beantwortete die Frage nach der idealen Maturitätsquote ohne jegliche Zusatzinformation, und die zweite Gruppe erhielt als Zusatz die Information, dass die gymnasiale Maturitätsquote in der Schweiz durchschnittlich 20 Prozent betrage und zwischen den Kantonen beträchtlich schwanke.

In der ersten Gruppe (siehe Abbildung 3, a) äusserte eine Mehrheit der Befragten (56%) die Meinung, dass entweder viel zu viele oder eher zu viele Schülerinnen und Schüler ein Matur machen würden. Diese Meinung ist speziell bei Personen im Alter von über 50, bei Personen, die in der Deutschschweiz leben und bei solchen, die eine eher rechte politische Orientierung haben stark ausgeprägt. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Sprachregionen weniger ausgeprägt als man aus früheren Befragungen hätte annehmen können, beträgt doch der Anteil jener Befragten, die die Quote für viel oder eher zu hoch betrachten, in der Westschweiz auch leicht über 50 Prozent. Interessanterweise gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Personen mit unterschiedlichem Ausbildungsniveau, die einzige Ausnahme machen Personen, die eine Lehrpersonenbildung absolviert haben; sie halten die Höhe der Maturitätsquote mehrheitlich für genau richtig.

**Abbildung 3: Meinungen zur Maturitätsquote**



Anmerkung: Die zugrundeliegende Frage lautet: (a) Was denken Sie über die Anzahl der Schulabsolventen, die in Ihrem Kanton eine gymnasiale Maturität ablegen? (b) In der Schweiz haben im Jahr 2013 circa 20 Prozent der Schulabsolventen eine gymnasiale Maturität abgelegt. In den einzelnen Kantonen reichen die Werte von 10 bis 30 Prozent. Was denken Sie über die Anzahl der Schulabsolventen, die in Ihrem Kanton eine gymnasiale Maturität ablegen?

Teilt man den Befragten mit, wie hoch die Maturitätsquote in der Schweiz im Durchschnitt ist und welche Streuung sie aufweist, dann sinkt die Zahl derer, die die Quote für eher zu hoch halten, markant. Im Endergebnis ist nur noch eine Minderheit der Befragten der Meinung, die Zahl der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sei zu hoch. Obwohl der Rückgang bei allen Personengruppen beobachtbar ist, lassen sich je nach Personengruppe unterschiedlich starke Wirkungen feststellen. Bei der politischen Orientierung lässt sich erkennen, dass, je eher Personen ohne Informationen der Meinung sind, die Quote sei zu hoch (Rechts vor Mitte und Links), die Präsentation der Informationen einen grösseren Meinungsumschwung bewirkte. Umgekehrt sieht es bei den Sprachregionen aus. In jenen Sprachregionen, in denen ohne Information schon eher die Meinung vorherrschte, die Quote sei nicht zu hoch (Tessin vor Westschweiz) bewirkte die Information die grössere Wirkung, d.h. sie verstärkte die Gruppe jener, die die Quote gerade für richtig oder gar für zu tief halten.

### Einheitsmaturität

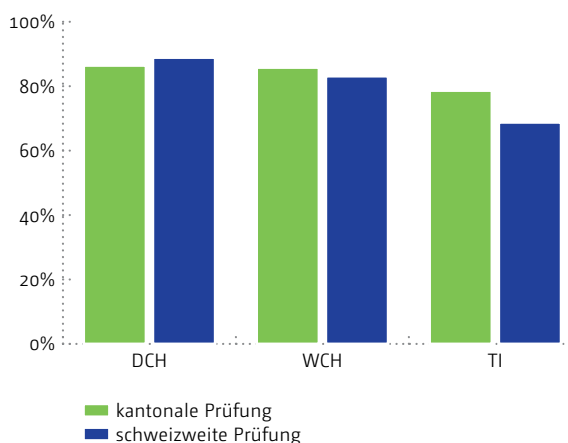
Die kritische Haltung grosser Teile der Schweizer Bevölkerung zu den Gymnasien betrifft nicht nur die Maturitätsquote, sondern auch die Fragen, wer wie ins Gymnasium gelangen darf und wie die Qualität der Maturität sichergestellt werden kann. Die Schweiz ist im Vergleich zu den Nachbarländern und zu den hoch entwickelten Nationen nicht nur bezüglich der Höhe der Maturitätsquote eine Ausnahme, sondern auch in Bezug auf die praktisch uneingeschränkte Wahlmöglichkeit der Hochschule und des Studienfachs nach der Maturität. In praktisch allen anderen Ländern regeln die Hochschulen über Eintrittstests und Numerus

clausus die Qualität und Quantität der Studienanfängerinnen und -anfänger selber. Mit anderen Worten: Im Ausland sind zwar die Maturitätsquoten in der Regel recht hoch, aber das Bildungssystem regelt den Zugang zur tertiären Bildung zu einem späteren Zeitpunkt. Stellt sich also die Frage, ob die Schweizer Bevölkerung den Gymnasien, die hierzulande darüber entscheiden, wer ein Studium aufnehmen darf und wer nicht, diesbezüglich das Vertrauen aussprechen. Diese Frage stellt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Evaluation der Maturität (EVAMAR II, siehe Eberle et al., 2008) eine grosse Varianz in der Studierfähigkeit der Maturandinnen und Maturanden festgestellt hatte und Hochschulvertreterinnen und -vertreter sich in den Medien immer wieder einmal kritisch über die Qualität der Studierenden äussern.

In unserer Befragung von 2012 (Cattaneo & Wolter, 2013, S. 15) wünschten zwei Drittel der Befragten generell eine Aufnahmeprüfung als Zulassungskriterium für das Gymnasium, wobei die Zustimmungsraten mit sinkendem Bildungsniveau deutlich zunahmen. Umgekehrt: Je grösser der Wunsch der Befragten war, dass ihre Kinder ins Gymnasium sollten, desto geringer war die Zustimmung zu Aufnahmeprüfungen. Insgesamt wünscht sich aber eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung objektivere oder transparentere Kriterien bei der Zulassung zum Gymnasium. In der hier ausgewerteten Erhebung wurde neu danach gefragt, ob das Gymnasium mit einem einheitlichen Abschlusstest, quasi einer Einheitsmaturität, abgeschlossen werden sollte. Die Befragten wurden wiederum zufällig in zwei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe beantwortete die Frage nach einem auf kantonaler Ebene einheitlichen Abschlusstest, und die zweite Gruppe wurde gefragt, ob sie eine schweizweit einheitliche Maturitätsprüfung befürworten würde.

Über 85 Prozent der Befragten gaben an, dass sie die Einführung einer einheitlichen Abschlussprüfung an Gymnasien sehr oder eher befürworten würden, wobei jeweils über 50 Prozent der Befragten die Antwortkategorie «sehr» wählte. Interessanterweise ergab sich zwischen der Gruppe, welche die Frage zur Einheitsprüfung auf kantonaler Ebene beantwortete, und jener, die die Frage nach einem schweizweiten Abschlusstest beantworten musste, kein Unterschied. Ebenfalls überraschend ist das Ergebnis, dass zwischen der Deutschschweiz und der Westschweiz in dieser Frage kein grosser Unterschied besteht, zumindest dann nicht, wenn der Test kantonal einheitlich wäre (Abbildung 4). Im Tessin hingegen ist die Zustimmung deutlich tiefer, wenn auch immer noch die Mehrheit dafür ist. Im Tessin ist auch die Zustimmung zu einem kantonal einheitlichen Test höher als zu einem schweizweiten Test, während es sich in der Deutschschweiz umgekehrt verhält.

**Abbildung 4: Befürworten Sie die Einführung einer einheitlichen Abschlussprüfung an Gymnasien? Zustimmungsraten (sehr oder eher dafür)**



Unterschiede in der Befürwortung einheitlicher Abschlusstests an den Gymnasien lassen sich zwischen den Altersgruppen finden: Je älter die Befragten, desto höher fielen die Zustimmungsraten aus. Im Gegensatz zur Frage einer Aufnahmeprüfung war die Zustimmungsraten zu den einheitlichen Abschlussprüfungen bei Personen mit einem obligatorischen Bildungsabschluss als höchstem Bildungsniveau am tiefsten und bei Personen mit tertiärer Ausbildung am höchsten. Unterschiede zwischen Befragten mit unterschiedlicher politischer Orientierung gab es hingegen keine.

## Die Zahl der Studierenden an den Universitäten

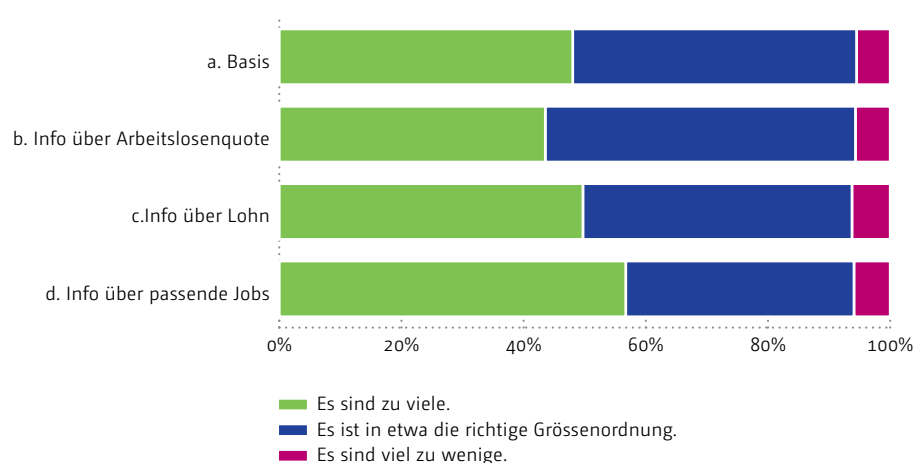
Nimmt man die Antworten zur gymnasialen Maturitätsquote auch als Gradmesser für die Einstellungen der Bevölkerung zur Zahl der Akademiker(innen) in der Schweiz, dann dürfte man erwarten, dass trotz der schon lange anhaltenden Diskussion zum Fachkräftemangel in der Schweiz die Befragten auch keine Ausweitung der Zahl der Studierenden an den Universitäten wünschen. In unserer Erhebung wurde die Frage nach der «richtigen» Anzahl Studierender an Schweizer Universitäten wiederum mit verschiedenen Informationstreatments versehen. In der Basisversion ohne zusätzliche Informationen halten sich die Gruppen, die die Zahl der Studierenden gerade für richtig halten, und jene, die sie für zu hoch erachten, in etwa die Waage. Berücksichtigt man noch jene kleine Gruppe von Personen (Grafik 5), die die Zahl für zu gering erachten, sieht man, dass die Schweizerinnen und Schweizer, die die Zahl der Studierenden lieber kleiner sähen, keine Mehrheit bilden. Diese Minderheit lässt sich aber in eine Mehrheit verwandeln, wenn man sie darüber informiert, dass es in Ländern mit hoher Akademikerquote auch sehr viele Universitätsabsolventinnen und -absolventen gibt, die keine ausbildungsadäquate Beschäftigung finden. Nach dieser Information wächst der Anteil derer, die die Anzahl Studierender in der Schweiz, obwohl sie im internationalen Vergleich relativ tief ist, für zu hoch hält, auf über 56 Prozent.

Umgekehrt lässt sich die Zahl der Personen, die die Anzahl Studierender für zu hoch hält, signifikant senken, wenn man den Befragten die relative Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit mitteilt. Keine Wirkung lässt sich hingegen erzielen, wenn ihnen die Information zu den relativen Löhnen mitteilt.

Augenfällig bei dieser Frage sind die grossen Unterschiede, die die einzelnen Informationstreatments verursachen können. So schwankt die Zahl jener, die die Zahl der Studierenden für zu gross hält zwischen dem Treatment «Arbeitslosigkeit» und jenem der «Überqualifikation» um mehr als 13 Prozentpunkte.

Die Meinungen divergieren wiederum stark zwischen den Sprachregionen. In der Deutschschweiz ist man eher als in der lateinischen Schweiz der Meinung, die Zahl der Studierenden sei zu gross. Ebenso halten Personen mit Präferenzen für politisch rechts stehende Parteien sowie solche, die selbst keinen tertiären Bildungsabschluss aufweisen, die Zahl eher für zu gross. Personen mit Präferenzen für das rechte Parteienspektrum reagieren auch mit Abstand am stärksten auf die Information bezüglich der inadäquaten Beschäftigung (Überqualifikation) im Ausland.

**Abbildung 5: Meinungen über den Anteil Personen, die ein Studium an einer Universität aufnehmen**



Anmerkung: Die zugrundeliegende Frage lautet: (a) Was denken Sie über den Anteil der Personen, die derzeit in der Schweiz ein Studium an einer Universität aufnehmen? (b) Personen mit Universitätsabschluss haben derzeit eine Arbeitslosenquote von gut 3 Prozent, Personen mit abgeschlossener Lehre gut 4 Prozent und Personen ohne Berufsbildungsabschluss fast 8 Prozent. Was denken Sie über den Anteil der Personen, die derzeit in der Schweiz ein Studium an einer Universität aufnehmen? (c) Im Durchschnitt verdienen Personen mit Uniabschluss später Jahr für Jahr rund 30 Prozent mehr als Personen mit einem Lehrabschluss und 50 Prozent mehr als Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Was denken Sie über den Anteil der Personen, die derzeit in der Schweiz ein Studium an einer Universität aufnehmen? (d) In vielen Ländern mit einer hohen Akademikerquote findet ein grosser Teil der Universitätsabsolventen keinen passenden Job, und muss eine Arbeit annehmen, für die sie überqualifiziert sind. Was denken Sie über den Anteil der Personen, die derzeit in der Schweiz ein Studium an einer Universität aufnehmen?

## Numerus clausus für die Geistes- und Sozialwissenschaften

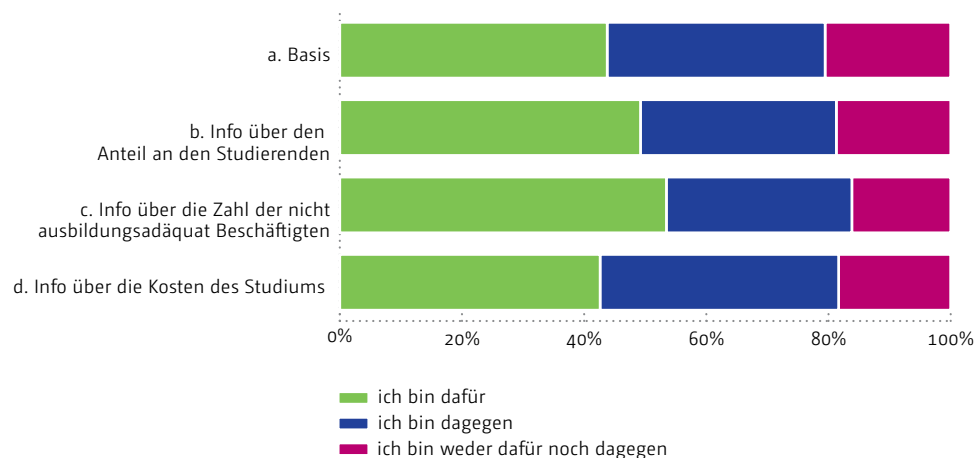
Dass man trotz der allgegenwärtigen Diskussion um den Fachkräftemangel und der quantitativ bedeutenden Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland keine grosse Begeisterung für die Ausweitung der Zahl der Studierenden an Schweizer Universitäten verspürt, mag zwei Gründe haben. Erstens die starke Stellung der Berufsbildung, der höheren Berufsbildung und der Fachhochschulen, die man als Alternative zur Allgemeinbildung und zur universitären Ausbildung sieht, und zweitens die Befürchtung, eine Erhöhung der Zahl der Studierenden führe dazu, dass die zusätzlich Studierenden nicht jene Fächer studierten, in welchen Mangel vermutet oder beobachtet wird. Mediale Aufmerksamkeit erhalten haben deshalb die Forderungen, die Zahl der Studierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften sei zu begrenzen und wie in der Medizin ein Numerus clausus einzuführen. Derzeit sind fast ein Drittel der Studierenden an Schweizer Universitäten in den Geistes- und Sozialwissenschaften eingeschrieben (BFS, SHIS 2013–2014).

In unserer Erhebung wurden die Befragten wiederum zufällig vier Gruppen zugeteilt, einer Gruppe ohne zusätzliche Information und drei Gruppen mit unterschiedlichen Informationen. In der Basisgruppe ohne Information äusserten sich fast 44 Prozent der Befragten positiv zu einer Einführung eines Numerus clausus, während lediglich rund 28 Prozent dagegen waren. Im Unterschied zu den meisten anderen Fragen, ist aber der Anteil der Unentschiedenen mit etwa 21 Prozent recht hoch. In einer Abstimmung könnte also das Ergebnis kippen, gelänge es den Gegnern, die noch Unentschiedenen auf ihre Seite zu ziehen.

Bei den Gruppen mit zusätzlichen Informationen handelte es sich bei der ersten Information um die relativ neutrale statistische Information, dass rund ein Drittel der Studierenden Geistes- und Sozialwissenschaften studiert. Bei der zweiten Information wurde ein negativer Aspekt hervorgehoben, nämlich der Umstand, dass der Anteil der Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften, die ein Jahr nach Studienabschluss keine ausbildungsadäquate Stelle bekleiden, mit 18 Prozent rund doppelt so hoch ist wie bei den Naturwissenschaften (Datenquelle: BFS Absolventenstudien Hochschulen, 2013). Der letzten Gruppe schliesslich wurde eine Information zugespielt, von der zu erwarten war, dass sie die Unterstützung für einen Numerus clausus senkt, nämlich, dass die staatlichen Kosten für Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften mit 12'000 CHF pro Jahr nur gerade die Hälfte derjenigen für Studierende in den Naturwissenschaften beträgt (Datenquelle: BFS/SHIS, Finanzen der Hochschulen, 2013).

Die Wirkungen der verschiedenen Informationstreatments gingen im Durchschnitt in die erwartete Richtung. Am stärksten bewegte die Information über die Anteile der nicht ausbildungsadäquat beschäftigten Absolventinnen und Absolventen die Präferenzen (siehe Abbildung 6). Diese Information erhöhte die Zahl der Befürworterinnen und Befürworter eines Numerus clausus um fast zehn Prozentpunkte, und zwar auch deshalb, weil die Zahl der unentschiedenen Befragten deutlich, das heisst, um rund ein Fünftel, kleiner wurde.

**Abbildung 6: Was ist Ihre Meinung zur Einführung eines Numerus clausus für die Geistes- und Sozialwissenschaften?**



Anmerkung: Die zugrundeliegende Frage lautet: (a) Wie ist Ihre Meinung bezüglich der Einführung eines Numerus clausus für die Geistes- und Sozialwissenschaften? (b) 31 Prozent der Studierenden an Schweizer Universitäten belegen ein Studienfach der Geistes- oder Sozialwissenschaften. Wie ist Ihre Meinung bezüglich der Einführung eines Numerus clausus für die Geistes- und Sozialwissenschaften? (c) 18 Prozent der er-

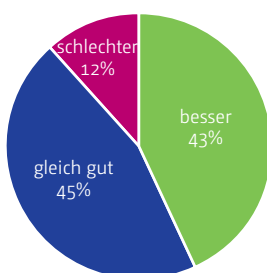
werbstätigen Absolventinnen und Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften sind ein Jahr nach dem Studium nicht ausbildungsadäquat beschäftigt, d.h. für ihre Arbeit hätte es kein Studium gebraucht. Der entsprechende Anteil bei den Absolventinnen und Absolventen der exakten und Naturwissenschaften liegt bei 9 Prozent. Wie ist Ihre Meinung bezüglich der Einführung eines Numerus clausus für die Geistes- und Sozialwissenschaften? (d) Eine Studierende oder ein Studierender der Geistes- und Sozialwissenschaften kostet den Staat pro Jahr etwa 12'000 CHF. Eine Studierende oder ein Studierender in den Naturwissenschaften kostet in derselben Zeit rund 24'000 CHF. Wie ist Ihre Meinung bezüglich der Einführung eines Numerus clausus für die Geistes- und Sozialwissenschaften?

Interessant ist weiter die Beobachtung, dass die Information über die tieferen öffentlichen Kosten eines Studiums der Geistes- und Sozialwissenschaften die Zahl der Gegnerinnen und Gegner eines Numerus clausus nur gerade um rund 4 Prozentpunkte zu senken vermochte. Diese geringe Wirkung ist auf einen unterschiedlichen Effekt der Information auf Personen mit tertiärer Ausbildung und auf solche mit einer obligatorischen Schulbildung als höchstem Bildungsabschluss zurückzuführen. Während bei ersteren die Zustimmung um fast neun Prozentpunkte sank, stieg sie bei letzteren um fast sechs an; bei Personen mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II bewirkte diese Information im Vergleich zur Basisgruppe ohne Zusatzinformation gar nichts. Aus diesen Ergebnissen lässt sich ableiten, dass – während sich die tertiär gebildeten Befragten durch den relativen Kostenunterschied verschiedener Studienfächer beeinflussen liessen – Personen mit einem tieferen Bildungsstand eher von den absoluten Kosten eines Studiums der Geistes- und Sozialwissenschaften zu beeindruckt waren. Insgesamt eher gegen einen Numerus clausus sind Personen, die jünger als 50 Jahre alt sind und Personen, die sich eher mit einer Partei aus dem linken politischen Spektrum identifizieren.

## Arbeitsmarkterfolg und Sozialprestige: Berufsbildung vs. akademische Bildung

Auch wenn eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer in der Berufsbildung die ideale Ausbildung für ihre Kinder sieht, die Zahl der Maturandinnen und Maturanden nicht erhöhen will und entsprechend auch nicht für einen Ausbau der Universitäten zu begeistern ist, zeigte die Befragung von 2012 doch auch, dass Akademikerinnen und Akademiker in den Augen der Bevölkerung gegenüber Personen mit einer Berufsbildung etwas voraus haben: einen höheren sozialen Status. Dieses Ergebnis zeigte sich, obwohl ebenfalls eine grosse Mehrheit der Bevölkerung der Meinung war, der Arbeitsmarkterfolg von Personen mit einer Berufsbildung sei ebenso gut, wenn nicht gar besser als von Personen mit akademischer Ausbildung (siehe auch SKBF, 2014). In der Erhebung von 2015 wiederholten wir die Fragen, allerdings mit dem Unterschied, dass die Frage nach dem sozialen Status nun mit verschiedenen Informationstreatments versehen wurde, in der Hoffnung, etwas mehr über die Gründe für diese positive Einschätzung zu erfahren. Die Frage nach dem Arbeitsmarkterfolg wurde ohne spezielle Informationstreatments wiederholt und ergab praktisch das identische Ergebnis wie in der drei Jahre zuvor durchgeführten Befragung (siehe Abbildung 7). Etwas weniger als 90 Prozent sind der Meinung, dass Personen mit einer Berufsbildung ebenso gut oder gar besser für den Arbeitsmarkt gerüstet sind als Personen mit einer universitären Ausbildung.

**Abbildung 7: Wie gut sind Personen mit einer Berufsausbildung im Vergleich zu Personen mit einer universitären Bildung für den Arbeitsmarkt gerüstet?**



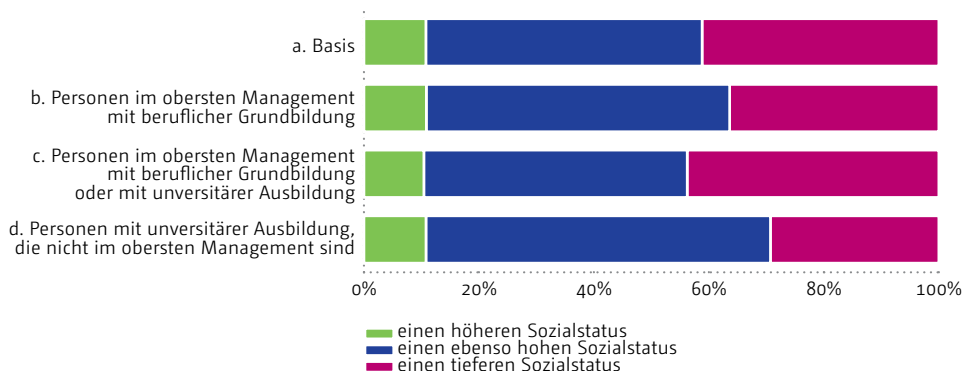
Anmerkung: Die zugrundeliegende Frage lautet: Ist man mit einer Berufsausbildung (Lehre, höhere Berufsbildung, Fachhochschule) in der Schweiz für den Arbeitsmarkt Ihrer Meinung nach (1) besser gerüstet, (2) gleich gut gerüstet oder (3) schlechter gerüstet als mit einer universitären Ausbildung?

Signifikante Unterschiede in der Beurteilung finden sich zwischen den Sprachregionen, insofern als Personen aus der Romandie der Berufsbildung deutlich weniger zutrauen. Kleine Unterschiede gibt es auch bezüglich der Altersgruppen, indem die jüngsten Befragten der Berufsbildung bessere Chancen einräumten und die mittlere Altersgruppe (30–49 Jahre) etwas schlechtere Chancen als die älteste. Ebenso zeigen sich Unterschiede in der Beurteilung zwischen Personen mit unterschiedlichen politischen Präferenzen. Personen mit Vorlieben für das rechte politische Spektrum trauten der Berufsbildung auf dem Arbeitsmarkt deutlich mehr zu als Personen mit Hang zum linken politischen Spektrum.

Bei der Frage nach dem sozialen Status war das Bild wie 2012 wiederum praktisch spiegelverkehrt, das heisst, die Mehrheit der Befragten sieht bezüglich des sozialen Status Nachteile für Personen mit einer Berufsbildung, verglichen mit Akademikerinnen und Akademikern. Ohne zusätzliche Informationen sind rund 41 Prozent der Befragten der Meinung, Personen mit einer Berufsbildung hätten einen tieferen sozialen Status; nur gerade 11 Prozent der Befragten sind gegenteiliger Meinung (siehe Abbildung 8). Die Beurteilungen unterscheiden sich stark nach der Ausbildung der Befragten, wobei solche mit einer Lehrpersonenbildung am ehesten der Meinung sind, Personen mit einer Berufsbildung hätten einen tieferen sozialen Status (52 Prozent).

Drei zufällig gebildete Teilgruppen wurden mit verschiedenen Informationen bedient. Der ersten (Gruppe b in Abbildung 8) wurde die Information vermittelt, der Anteil Personen mit Berufsbildung, die in oberste Managementpositionen gelangen, liege bei 5 Prozent (Datenquelle: eigene Berechnungen mit SAKE, 2013). Die zweite Teilgruppe erhielt dazu noch die Information, die Zahl der Personen mit einer universitären Ausbildung, die es ins Topmanagement schaffe, liege bei 12 Prozent, und bei der letzten Gruppe wurde diese Information ins Gegenteil verkehrt: diesen Personen wurde die Information vermittelt, dass 88 Prozent der Personen mit einer universitären Ausbildung es nicht ins Topmanagement schaffen. Während der relative Vorteil der Akademikerinnen und Akademiker in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit, ins Topmanagement zu gelangen, die Gruppe jener Befragten, die der universitären Ausbildung einen höheren sozialen Status zubilligen, nur minim zu steigern vermag, löst die Information über die «nur» 5 Prozent von Personen mit Berufsbildung im Topmanagement sogar die gegenteilige Reaktion hervor und senkt die Zahl jener, die der Berufsbildung einen tieferen sozialen Status zuschreiben um fast 5 Prozentpunkte. Die grösste Wirkung löst jedoch die Information über die 88 Prozent der Akademikerinnen und Akademiker, die nicht im Topmanagement sind, aus. Diese Information senkt den Anteil der Befragten, die von einem tieferen sozialen Status der Berufsbildung ausgehen um fast 12 Prozentpunkte. Oder anders ausgedrückt: Sie verkleinert diese Gruppe um mehr als ein Viertel.

**Abbildung 8: Welchen sozialen Status geniessen Personen mit Berufsbildung (berufliche Grundbildung, Fachhochschule oder höhere Berufsbildung) im Vergleich zu Personen mit universitärer Bildung?**



Anmerkung: Die zugrundeliegenden Fragen lauteten: (a) Wie ist Ihre Meinung zu folgender Aussage: Mit einem Abschluss in der Berufsbildung (Lehre, höhere Berufsausbildung, Fachhochschule) genießt man in der Schweiz (1) ein höheres, (2) ein ebenso hohes oder (3) ein tieferes soziales Ansehen als mit einer universitären Ausbildung. (b) 5 Prozent der Personen mit abgeschlossener Berufsbildung (Lehre, höhere Berufsbildung und Fachhochschule) in der Schweiz erreichen eine Position im obersten Management. Wie ist Ihre Meinung zu folgender Aussage: Mit einem Abschluss in der Berufsbildung (Lehre, höhere Berufsausbildung, Fachhochschule) genießt man in der Schweiz (1.) ein höheres, (2.) ein ebenso hohes oder (3.) ein tieferes soziales Ansehen als mit einer universitären Ausbildung. (c) 5 Prozent der Personen mit abgeschlossener Berufsbildung (Lehre, höhere Berufsausbildung, Fachhochschule) gegenüber 12 Prozent der Personen mit einem Universitätsabschluss erreichen eine Position im obersten Management. (d) 88 Prozent der Personen mit einem Universitätsabschluss erreichen in der Schweiz keine Position im obersten Management. Wie ist Ihre Meinung zu folgender Aussage: Mit einem Abschluss in der Berufsbildung (Lehre, höhere Berufsausbildung, Fachhochschule) genießt man in der Schweiz (1.) ein höheres, (2.) ein ebenso hohes oder (3.) ein tieferes soziales Ansehen als mit einer universitären Ausbildung.

dung, Fachhochschule) genießt man in der Schweiz (1.) ein höheres, (2.) ein ebenso hohes oder (3.) ein tieferes soziales Ansehen als mit einer universitären Ausbildung. Wie ist Ihre Meinung zu folgender Aussage: Mit einem Abschluss in der Berufsbildung (Lehre, höhere Berufsausbildung, Fachhochschule) genießt man in der Schweiz (1.) ein höheres, (2.) ein ebenso hohes oder (3.) ein tieferes soziales Ansehen als mit einer universitären Ausbildung.

Auch wenn man die Gründe, weshalb viele Schweizerinnen und Schweizer der Meinung sind, Personen mit einer universitären Ausbildung genössen einen höheren sozialen Status als Personen mit einer Berufsbildung, nicht abschliessend klären kann, legen die Ergebnisse doch nahe, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Personen deshalb zu dieser Ansicht gelangen, weil sie davon ausgehen, dass eine universitäre Ausbildung auch automatisch mit Top-Positionen in Wirtschaft und Verwaltung einhergehen. Darüber aufgeklärt, dass dem nicht so ist, ergibt sich eine ansehnliche Mehrheit (fast 60 Prozent) der Schweizerinnen und Schweizer, die auch in Bezug auf den sozialen Status davon ausgehen, dass Berufsbildung und akademische Ausbildung zwar andersartig aber doch gleichwertig sind.

Unabhängig von den Informationen sehen wir bei den Befragten ähnliche Unterschiede bezüglich Einschätzung des sozialen Status wie bei der Beurteilung der Arbeitsmarktchancen, d.h. ein deutlich negatives Bild bezüglich der Berufsbildung in der Romandie, bei Personen mit höherer Bildung und Präferenzen für das linke politische Spektrum.

## 5. Schlussfolgerungen

Die Schweiz stellt im internationalen Vergleich nicht nur in Bezug auf das gut ausgebaute Berufsbildungswesen eine Ausnahmeerscheinung dar, sondern praktisch als Spiegelbild dazu auch in Bezug auf die quantitativ geringe Zahl Jugendlicher, die eine gymnasiale Maturität erwerben und folglich auch in Bezug auf die deutlich geringere Zahl Personen, die ein universitäres Studium aufnehmen und abschliessen. Angesichts des Drucks der Globalisierung auch auf das Bildungswesen ist daher die Frage wichtig, ob die Schweizer Bevölkerung an ihrem «Sonderfall» festhalten will oder einen Umbau in Richtung der anderen, eher auf akademische Ausbildung ausgerichteten Bildungssysteme begrüßen würde. Dies nicht zuletzt deshalb, weil wir uns aufgrund der Einwanderung gut qualifizierter Fachkräfte mit universitären Abschlüssen einer Konkurrenz gegenüber sehen, die zumindest der internationalen Klassifikation nach besser ausgebildet ist. Ebensovienig klar ist, ob Schweizerinnen und Schweizer zwar im öffentlichen Diskurs der Berufsbildung den Rücken stärken, aber eigentlich der Meinung sind, Berufsbildung sei nur etwas Gutes für die Kinder der anderen und nicht für die eigenen.

Die hier präsentierten Ergebnisse der Befragung von rund 6000 Schweizerinnen und Schweizern zeigen, dass die geäußerten Bildungspräferenzen, auch für die eigenen Kinder, immer noch deutlich zur Berufsbildung hin tendieren. Diese gute Verankerung der Berufsbildung in der öffentlichen Meinung äussert sich umgekehrt auch in einer weit verbreiteten Skepsis, ja teilweise Ablehnung eines weiteren Ausbaus des gymnasialen und universitären Systems. Direkt-demokratisch dürften steigende Maturitätsquoten und Studierendenzahlen an den Universitäten schwer erreichbar sein, schenkt man dieser Befragung Glauben. Der akademische Teil des Bildungswesens, so kann man aus den Ergebnissen der Befragung schliessen, ist nicht unbedingt bestritten, genießt jedoch deutlich weniger Goodwill als das Berufsbildungswesen. Andersläufige Tendenzen lassen sich allerdings auch erkennen: Die akademische Ausbildung genießt deutlich mehr Support in der lateinischen als in der Deutschschweiz, und die jüngere Generation ist gegenüber dem akademischen Weg positiver eingestellt als die ältere. Ebenso zeigen sich fast in allen Fragen Divergenzen aufgrund der politischen Einstellungen: stärkerer Support für die akademische Bildungsgänge bei Personen mit Präferenzen für politische Parteien des linken Spektrums und umgekehrt mehr Support für die Berufsbildung bei Personen rechts der Mitte des politischen Spektrums. Aufgrund dieser Unterschiede in der Beurteilung zwischen Altersgruppen, Sprachregionen und politischen Parteien dürfte das Verhältnis der akademischen Ausbildung zur Berufsbildung also Gegenstand des bildungspolitischen Diskurses bleiben.



## Literatur

- Busemeyer, M. R.; Cattaneo M. A. & Wolter S. C. (2011). Individual Policy Preferences for Vocational versus Academic Education. Micro Level Evidence for the Case of Switzerland (*Journal of European Social Policy*, 3, p. 253–273)
- Cattaneo, M. A.; Wolter, S. C. (2009). Are the Elderly a Threat to Educational Expenditures? (*European Journal of Political Economy*, 2, p. 225-236)
- Cattaneo, M. A. & Wolter, S. C. (2013). Nationale Eigenheiten von Bildungssystemen in Zeiten der Globalisierung. Aarau: SKBF (SKBF Staff Paper, 10)
- Cattaneo, M. A. & Wolter, S. C. (2015). Wie viel darf es kosten und wer soll es bezahlen? Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu Fragen der Finanzierung. Aarau: SKBF (SKBF Staff Paper, 16)
- Eberle, Franz; Gehrler, Karin; Jaggi, Beat et al. (2008). Evaluation der Maturitätsreform 1995 (EVAMAR). Schlussbericht zur Phase II. Bern: SBF
- SKBF (2014). Bildungsbericht Schweiz. Aarau: SKBF
- Tversky, A. & Kahneman, D. (1979). Prospect Theory (*Econometrica*, 2, p. 263–91)
- Wößmann, L.; Lergetporer, P.; Kugler, F. & Werner, K. (2014). Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo-Bildungsbarometers (*ifo-Schnelldienst* 67(18), S. 16–33)
- Wößmann, L.; Lergetporer, P.; Kugler, F.; Oestreich, L. & Werner, K. (2015). Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo-Bildungsbarometers 2015 (*ifo-Schnelldienst* 68(17), S. 29–50)